

# Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien  
E-mail: [ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) Web: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

Nummer 2 / Juni 2016

## Liebe KollegInnen und Kollegen!

Die Bundespräsidentenwahl und die Folgen

# Österreich nach der Wahl = vor der Wahl? Dem Rechtsruck entgegenwirken!

Glaut man der Medienberichterstattung, ist Österreich ein „gespaltenes Land“. Laut „Krone“ müsse man nun auf die „Hofer-Wähler“ zugehen. Und die anderen? Die Van der Bellen-Wähler, die Nichtwähler? Was ist mit denen? Von allen Wahlberechtigten haben jeweils rund 36% Hofer, 36% Van der Bellen und 28% Nichtwähler keinen von beiden gewählt. **Das heißt, 64% der ÖsterreicherInnen haben nicht für die FP gestimmt** und selbst alle Kommentatoren mussten zugestehen, dass ein erheblicher Teil vor allem aus Protest gegen die etablierte Politik gestimmt hat. (Darüber hinaus sind rund 600.000 Menschen nicht wahlberechtigt, arbeiten und zahlen in Österreich aber Steuern und Abgaben).



Quelle: Kurier

### Ist Österreich ein Land voller Rechts-Wähler?

Nein! Rechts ist das politische und wirtschaftliche Establishment, Rechts ist nicht nur die FP-Führung, sondern auch die Spitzen von Schwarz und Rot machen rechte Politik. Rechts sind die Neo(s)liberalen, die Mateschitz's & Co., die FP-Anbiederung von Landeshauptleuten, bis hin zu Partei- und Gewerkschaftsspitzen.

Bis heute erzählt man uns: Wenn du wählst, kannst du etwas entscheiden. In den 1950er und 60er Jahren lag die Wahlbeteiligung noch bei 80 bis 90% und mehr. Bis heute ist die Wahlbeteiligung oft auf 70 bis 60%, in Wien sogar darunter, gesunken. Kein Wunder!

### Egal, was wir wählen,

wir sind die Angeschmierten und können uns „bestenfalls“ „grün“, „blau“, „rot“, „schwarz“, „pink“, „orange“ oder sonst was ärgern, wenn jeweils nach der Wahl nur gemacht wird, was den Herrschenden (Eliten, Kapitalisten, Establishment wie immer man das benennen möchte) nützt – wobei die jeweils in „Opposition“ befindlichen Parteien oft schon im Parlament oder Wirtschaft Teil der Eliten sind. Sie alle da oben sind die Dauernutznießer, wechseln sich nur an den Futtertrögen der verschiedenen Gemeinde-, Landes- und Bundesvertretungen, bzw. Wirtschafts- und Industrieverbänden ab – gegen uns da unten!

Nach jeder Wahl werden nicht die Karten an uns, sondern nur die Plätze an den Futtertrögen wieder neu verteilt – wir sollen nur die A...-Karte ziehen – da sind sie sich alle „Vertreter“ (wir sind die „Vertretenen“ - wie bezeichnend!) – bei allen Streitereien einig.

### Die A...-Karte

Wir sollen bloß weiter brav und arbeitsam sein, kuschen und hackeln, vielleicht noch motzen, dann aber schlucken, wütend sein und immer den wählen, der gerade nicht am Futtertrog ist. Das ist die Vorstellung von „Demokratie“, vom „Wechselspiel von Regierung und Opposition“, wie sich das die Herrschenden wünschen – Hauptsache für sie bleibt das Profitmachen garantiert. Beim „Streit“ zwischen den Oberen geht es nur darum, ob beim Profitmachen der Kapitalisten welcher der roten, blauen, schwarzen, grünen etc. Günstlinge will-

fähig ist und dies der arbeitenden Bevölkerung als Demokratie, Fortschritt etc. verkaufen darf. Wir sollen glauben und zitternd hoffen, dass bei dieser Profitabsicherung (die natürlich nicht so genannt wird, sondern „Standortsicherung“ usw.) ein paar Brosamen für uns abfallen, Ja, in welcher Form? Von z.B. besser bezahlter Arbeit? Schmecks. Nein, bestenfalls bei Lohnleinbußen und erhöhten Arbeitsdruck doch noch einen Job haben zu dürfen. Dazu werden Mindestsicherungsbezieher, Arbeitslose, Asylwerber Moslems oder generell „Ausländer“, usw. als „unsere“ Gegner und Feinde im Kampf um den Arbeitsplatz aufgebaut, damit man die wirklichen Nutznießer – die Reichen und Superreichen, die Konzernprofiteure, die Rüstungskonzerne, die Krisen- und Kriegsmacher, die Krisen- und Kriegsgewinnler – nicht sieht.

### Wahlanfechtung

Nicht weil man die Bundespräsidentenwahl um 30.000 Stimmen verloren habe, sondern aus „demokratiepolitischer Verantwortung“ heraus, so F-Chef Strache, hätte man die Wahl angefochten. Nun, was da mit den Briefwahlkarten auftrat, gab es leider schon früher, auch bei anderen Wahlen. Da hatte die F nichts dagegen, weil sie ja immer zulegte. Auch nach dem 1. Wahlgang der Bundespräsidentenwahl, als Hofer vorne lag, gab es keine Überlegung zur Anfechtung. Jetzt aber schon?



So stellte sich schon in den ersten Ergebnissen der öffentlichen Anhörung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) heraus (unser Redaktionsschluss war am 21.6.2016 vor Ende der Anhörung), dass alle Wahlbeisitzer in den beanstandeten Wahlbezirken, auch die Blauen, alles als „ordnungsgemäß“ beurkundeten. Jetzt aber sind genau diese blau(äugigen) Wahlbeisitzer die „Zeugen der Unregelmäßigkeiten“ für die Wahlanfechtung.

Ganz klar, wir sind für ordnungsgemäße, korrekte Wahlabläufe, aber was hier betrieben wird, soll den Eindruck erwecken, dass bewusste Wahlfälschung, Wahlbetrug usw. systematisch geschehen sei. Das soll die FP als „die Guten“, die „Demokraten“, alle

anderen – auch die in Summe 64% Nicht-Hofer-Wähler – als „die Bösen“, die „Undemokraten“ hinstellen oder diese zumindest zum Schweigen bringen.

### Hoffnungen in Hofer und Strache?

Wenn sich jetzt die Rechten in der EU, die Strache gerade zusammentrommelt(e), auf „direkte Demokratie“, auf „Volksabstimmungen“ trimmen und so tun, als würden die Rechten die „wahren Demokraten“ sein, dann können sie das nur, weil die Menschen weder bei Wahlen (siehe oben) noch im Arbeitsleben nichts von echter Mitbestimmung geschweige denn von Selbstbestimmung erleben. Weil den Menschen jahrzehntelang durch die Praxis der Wirtschafts- und Politeliten – zu denen auch die FP gehört – vorgelebt wurde, dass man gegen „die da oben“ eh nichts ausrichten kann, sollen im Interesse der Eliten, denen auch die FP dient, allorts „starke Männer und Frauen“ für „direkte Demokratie“ sorgen? Zuerst entmündigen, dann den Retter spielen. So stellen sie sich das vor. Bei der EU-„Volksabstimmung“ 1994 haben ja auch Haider, Strache und Konsorten gelernt, wie man bei Gleichschaltung der Medien ein den Etablierten genehmes Ergebnis bekommt. Daher weht der Wind der sich „volksnah“ gebenden FP-Etablierten (schließlich ist Hofer ja schon jetzt als einer der Nationalratspräsidenten etabliert, „zweiter Mann“ im Staat). Und als Rechnungshof-Präsidenten-Kandidatin hatte die „soziale Heimatpartei“ F, die Generalsekretärin des neoliberalen Hayek-Instituts, Barbara Kolm, nominiert. Sehr „sozial“!

Das geht hinein, weil auch die anderen Etablierten so tun, als würde im Parlament „nur für die Menschen“ gearbeitet und entschieden werden. Doch das Gegenteil ist der Fall, wie wir immer wieder und auch in diesem Artikel beschrieben haben.

### „Demokratiebegriff“ der Rechten = „Recht und Ordnung“

Die Rechten, FP-Strache, Doskozil, Kurz, Niessl, Sobotka usw. wollen für „Recht und Ordnung“ sorgen. Soll das heißen, dass wir unsere Überstunden bezahlt bekommen, dass wir überhaupt ein entsprechendes Gehalt bezahlt bekommen, dass wir überhaupt einen Job haben, dass wir nicht bloß prekär und ohne soziale Absicherung arbeiten müssen? Nein, das meinen diese Damen und Herren auf der Wirtschafts- und Politbühne nicht. Sie meinen Recht und Ordnung für die Reichen und Superreichen. Wir sollen gegen den Nachbarn gehetzt werden, der ein paar Euro mehr hat, der unverschuldet arbeitslos ist (was nicht schwere ist bei 50.000 offenen Stellen und 500.000 Arbeitslosen), aber als „Tachinierer“ hingestellt wird. Politiker und Wirtschaftsbosse kürzen mit einem Federstrich Sozialleistungen, die in Summe vielleicht ein paar 100 Millionen Euro ausmachen,

während sie gleichzeitig Banken und Konzernen Milliarden zuschieben und selbst weiter ihr fettes Monatsgehalt haben. Deren Monatsbezug macht mindestens einen Jahresgehalt eines wenig Verdienenden, oder das Doppelte der durchschnittlichen Arbeitslosen aus. Bei sich selbst denken diese Damen und Herren, egal welcher Farbe sie sind, nicht ans Kürzen.

### Hoffnungsträger Kern?

Einen neuen politischen Stil versprach der neue Bundeskanzler und SP-Chef und sparte auch an der „alten“ SP-Riege nicht mit Kritik. Völlig berechtigt. Maschinensteuer, Arbeitszeitverkürzung, weil durch Digitalisierung und Automatisierung die klassischen Arbeitsplätze ausgehen ... so oder ähnlich und mehr klangen die ersten Ansagen. Tatsächlich kann es für die arbeitenden Menschen in diesem Kapitalismus (Neoliberalismus) so nicht weitergehen. Das wissen alle, von der Gewerkschaft bis zu internationalen Institutionen wie der OECD, die schon vor einigen Jahren vor großen sozialen Unruhen warnte (noch vor dem durch Bomben, Terror und Krieg der Konzerne und Großmächte verursachten Flüchtlingsdramas), wenn so eine „Sparpolitik“ weitergefahren werde.

„Yes we Kern“? Die Botschaft hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube. Denn das würde eine wirkliche Revolution bedeuten, die Reichen müssten zumindest in die Schranken gewiesen werden. Die ersten Reaktionen von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung waren „Njet“. Und Kern selbst hat schon relativiert, dass ja eine Arbeitszeitverkürzung nicht automatisch Lohnausgleich (geschweige Personalausgleich damit der Stress weniger wird) bedeute.

Wenn es die neue SPÖ-Führung wirklich will und sich auf die Bevölkerung stützt, dann könnte sie es z.B. bei TTIP gleich beweisen. Da ja angeblich die FP und auch so manche VP-ler und Teile des Handels das ja ablehnen, könnte die SP ja eine Volksabstimmung zu TTIP machen. Wir sind sicher, dass eine Volksabstimmung zu solch einem Thema weit mehr als 64% Zustimmung erzielen würde.

### Erkenntnisse

Es bleibt dabei, was wir als GewerkschafterInnen aus den vergangenen Jahrzehnten erkannt haben und uns auch in großen Gegensatz zu den Gewerkschaftsspitzen brachte und bringt: Den Rechten, der FP, dem Neoliberalismus, kann man nicht entgegenwirken, indem man z.B. den Neoliberalismus übernimmt und selbst zum Programm erklärt wie Vranitzky, Klima, Gusenbauer, Faymann und jetzt Kern, auch wenn dessen Sprache anders klingt. Damit folgen sie ihren Vorbildern Tony Blair, Gerhard Schröder und Matteo Renzi, gestehen der ÖVP alles zu, um in der Koalition zu bleiben, oder koalieren wegen des Machterhalts mit der FP.

Wenn wir als GewerkschafterInnen das wirtschaftliche und politische System des Establishments kritisieren, ablehnen und bekämpfen dann deshalb,

- ✦ weil dieses Wirtschaftssystem mit seinem Politapparat für die Menschen immer unerträglicher, ja immer tödlicher wird – siehe Atom- und Klimakatastrophen, siehe Kriegs- und Flüchtlingselend infolge der Kriege der Konzerne und Großmächte
- ✦ weil dieses Wirtschaftssystem mit seinem Politapparat aus „Regierung und Opposition“ mit Demokratie- und Sozialabbau, mit Überwachungsstaat gegenüber der einfachen Bevölkerung und Nicht-Verfolgung rechter Hetzer und Straftaten, Nicht-Verfolgung von Steuerhinterziehung, Nicht-Verfolgung von Spekulations- u. Profitmacherei in Milliarden- und Abermilliardenhöhe, die Lebens- und Gesundheitsgrundlagen der Masse der Bevölkerung zerstört
- ✦ weil die in Medien und Sonntagsreden hochgehaltene Demokratie von den Eliten selbst mit Füßen getreten wird
- ✦ weil die F-Opposition als Teil des „Systems“ noch mehr vom Schlechten ist. Wer hat die Pensionskürzungen, den Sozialabbau, den Ausverkauf österreichischer Betriebe, der ganzen Verstaatlichten zu verantworten? Schwarz-Blau! Sie machten die Kapitalisten noch fetter, die Bevölkerung noch ärmer, lenkten den Unmut auf Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher, ausländische Arbeitskräfte, Asylwerber usw. Sie kassierten selbst bis zum Umfallen ab, hinterließen das 24-Euro-Milliarden-Grab der Hypo-Alpe-Adria den Steuerzahlen und sind bis heute in jahrelange Korruptions-Gerichtsprozesse verwickelt!
- ✦ weil die SP- und Gewerkschaftsspitzen von all diesen Belastungen und Ungeheuerlichkeiten nichts zurückgenommen haben

**Es gilt mehr denn je: Lassen wir uns kein X für ein U vormachen. Zeigen wir ihnen die rote Karte – im wahrsten Sinne des Wortes, im Sinne von Solidarität und gemeinsamen Widerstand.**





# Der Sicherheitsbürger – Erinnerungen an den Blockwart\*

In der Linzer Tages-Post vom 28. Oktober 1939 wird in einem Artikel über die aufopfernde Arbeit eines Blockwartes berichtet. Dort heißt es: „*Einer der im stillen arbeitet, emsig und unermüdlich. Er ist eben da, er kommt regelmäßig wie Anfang und Ende des Monats*“. Zusammen mit den ihm unterstellten, weisungspflichtigen Hauswarten hatte er bis zu 130 Personen in Evidenz zu führen, d.h. zu bespitzeln und vernadern. Die Blockwarte arbeiteten als Hilfspolizisten der Gestapo zu und waren persönlich auf Adolf Hitler vereidigt. Sie mussten ihre arische Abstammung bis ins Jahr 1800 nachweisen. Die Helfer, „Hauswarte“, mussten nicht der NSDAP angehören, jedoch „politisch zuverlässig und arischen Blutes“ sein und wurden vom Ortsgruppenleiter berufen. Als „*verstärkte Sicherungsmaßnahme gegen Ausländer*“ hatten die Blockwarte auch nächtliche Streifendienste abzuleisten. „*Auch das Winterhilfswerk (WHW) stellt an den Blockwart seine Anforderungen. Da muss er die Bedürftigen aus seinem Block heraussuchen und nachsehen, ob wo Kranke Hilfe brauchen, muss Antragsbogen ausfüllen und muss überprüfen, ob die Bedürftigkeit auch wirklich vorhanden ist.*“ so in der Linzer Tages-Post. Das Winterhilfswerk war eine Stiftung öffentlichen Rechts, die Sach- und Geldspenden sammelte und damit bedürftige „Volksgenossen“ unterstützte. Das Spendenaufkommen übertraf 1939/40 die Summe, die aus Steuermitteln für öffentliche Fürsorgeverbände aufgebracht wurde. Ein riesiger Teil der staatlichen Sozialausgaben wurde damit durch Spenden der Bevölkerung bestritten.

Zusammengefasst heißt es in der Linzer Tages-Post: „*Blockwart zu sein ist also nicht einfach. Und wenn man bedenkt, dass es oft Männer sind, die acht Stunden und mehr im Büro arbeiten, oder Frauen, die einen umfangreichen Haushalt zu führen haben, so kann man den Einsatz würdigen, den diese Menschen bringen, still, aber unermüdlich.*“

Laut einer Parteistatistik von 1935 gehörten nur 23% der Blockwarte der Arbeiterschaft an, während 70% den Mittelschichten zuzurechnen waren.

## Pilotprojekt des Innenministeriums „Community Policing“

Wenn man nun die Strukturen des für Graz, Eisenstadt, Mödling und Schärding vorgesehenen „Sicherheitskonzepts“ betrachtet, so kann man Parallelen mit vergangenen autoritären Zeiten nicht übersehen. Polizei, Gemeinde und Aufsichtsorgane in der Bevölkerung sollen da vernetzt werden. Von der Gemeinde wird ein „Sicherheitsgemeinderat“ beauftragt und in der Bevölkerung sollen „Sicherheitsbürger“, die sich freiwillig melden können in

die Polizeiarbeit eingebunden werden und gemeinsam mit eigenen „Community Polizisten“ die Bevölkerung „betreuen“. Zusätzlich sind „Community-Referenten“ vorgesehen, die als Bindeglieder zwischen Polizisten, Präventionsbediensteten des Innenministeriums (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, bis 2002 die StaPo) und „Sicherheitsbürgern“ auf Bezirksebene fungieren sollen. Vom „Blockwart“, über den „Ortsgruppenleiter“, die Polizei und die GeStaPo wären hier alle Strukturen entsprechend dem dritten Reich wieder vorhanden. Da ohnehin auch starke Tendenzen bestehen, die staatlichen Sozialausgaben aus Spendengeldern zu bestreiten (Spenden für Flüchtlingshilfe an NGOs), könnte der Sicherheitsbürger auch die Aufgabe übernehmen, den Einsatz und die Höhe der Mindestsicherung zu überwachen und so gänzlich im Wirken als Blockwart aufblühen.



In einem Kommentar im „online Standard“ ist ironisch zu lesen: „*Ich will Sicherheitsbürger werden. Die Ausrüstung hab ich schon. Tarnhose, Dobermann, Baseballschläger. Ich werd heute Abend mal auf Test-Patrouille gehen. Ein paar Gstaltn einmal sicherheitsüberprüfen.*“

Die Ausrüstung schreckte im dritten Reich manchen potenziellen Blockwart ab, die Uniform musste man nämlich selbst bezahlen und diese kostete 1939 ganze 60 Reichsmark, was einer heutigen Kaufkraft von etwa 420 € entspricht. Also der Dobermann geht sich damit nicht aus und muss wohl schon vorhanden sein.

Eines wird jedenfalls offenbar, **mit der Sicherheit der Bevölkerung hat dieses schon seit zwei Jahren, also schon vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“ vorbereitete Konzept nichts zu tun.** Es geht vielmehr heute, wie damals um eine umfassende Überwachung und Bepitzelung der Bevölkerung.

\* Der Einfachheit halber wurde durchgehend, der in der Bevölkerung gebräuchliche, aber nicht offizielle Ausdruck „Blockwart“ verwendet. (offizielle Bezeichnungen waren Blockleiter, Blockwarter oder Politische Leiter).

Quellen sind auch im Internet zu finden:

- 1) Aus dem Tagewerk des Blockwalters. Der Mann, der alles wissen muss. In: *Tages-Post*, Sonntagsblatt (Nr. 250/1939, LXXV. Jahrgang), 28. Oktober 1939, S. 6.
- 2) Detlef Schmiechen-Ackermann: *Der „Blockwart“.* Die unteren Parteifunktionäre im nationalsozialistischen Terror- und Überwachungsapparat. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 48, 2000, Heft 4, S. 575–602
- 3) Der Blockleiter Wikipedia
- 4) Online Ausgaben von „Standard“ 22.- 25.03.2016 und „Kurier“ 17.2.2016

# TTIP – CETA – TPP – TiSA – ISDS – ICS – NAFTA – TTIP – CETA – TPP – TIP-EX

„**TTIP, CETA, TPP, TiSA, ISDS, ICS, NAFTA & Co – diese Freihandelsbestimmungen und Abkommen mit echten Partnern werden unsere Wirtschaftsprobleme lösen und uns ins gelobte Schlaraffenland der dann erst wirklich freien Marktwirtschaft führen**“.

So ähnlich tönt es immer stärker aus den Mündern unserer Wirtschaftsrosse und „reformfreudigen“ Politiker, die nun endlich auch das gesamte Sozialsystem an dieses freie Marktsystem anpassen wollen, **das heißt, unsere mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften abschaffen wollen.** Die Slogans und das Lob über diese Abkommen werden stereotyp wiederholt, so wie sie es bei ihren Managementschulungen zum „Neuro-Linguistischen-Programmieren“ (NLP) gelernt haben. Wie Kinder, die gerne immer wieder dasselbe Musikstück, dieselbe Geschichte hören oder sehen wollen, da ihnen das bekannte und vertraute immer wieder Sicherheit in einer unsicheren Welt bietet, so soll auch uns, durch die ständige Wiederholung vermittelt werden: „Das ist vertraut, das ist wahr, das ist sicher, das ist etwas Gutes.“

## Ein kurzer Blick auf den Abkürzungsdschungel

**TTIP** = transatlantic trade and investment partnership ( Transatlantische Handels und Investment Partnerschaft zwischen EU-USA)

**CETA** = **Comprehensive Economic and Trade Agreement** (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen EU und Kanada)

**ISDS** = Investor-State- Dispute Settlement (EU-Verordnung zur Investor-Staat-Streitbeilegung (Voraussetzung für TTIP und CETA))

**ICS** = Investment Court System (Investitionsgerichtssystem, soll nach Protesten gegen TTIP und CETA an Stelle von ISDS in diese Verträge aufgenommen werden).

**TPP** = Trans- Pacific- Partnership (Transpazifische Partnerschaft zwischen USA, Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam)

**TiSA** = Trade in Services Agreement (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (soll weltweit Dienstleistungen in Verkehr, Finanzen, Bildung, und Gesundheit liberalisieren).

**NAFTA**= North American Free Trade Agreement (Nord Amerikanisches Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko)

## Der Ausschluss der Bevölkerung ist scheinbar das Wichtigste in der Demokratie

Seit Jahren wurden TTIP und CETA von der EU **geheim** mit den USA und Kanada verhandelt. Als nun immer häufiger Inhalte dieser Geheimverhandlungen an die Öffentlichkeit drangen und der Druck aus den USA wegen der zu Ende gehenden Amtszeit des Präsidenten einen politischen und wirtschaftlichen Erfolg immer notwendiger machte, entstand in der EU ein dringender Handlungsbedarf. Die durchgesickerten Verhandlungsprotokolle zeigten nämlich, dass es bei TTIP nicht vordringlich um die Beseitigung von Handelshindernissen, wie Zölle oder gar Schutzzölle, um Kontrollen für den Kapitalverkehr oder Protektionismus geht. All dies gibt es in den EU-USA – Handelsbeziehungen ja kaum mehr. Es geht in erster Linie um „**Handelshindernisse in nicht handelspolitischen Bereichen**“. Dieser seltsame Ausdruck umfasst die

sozialen Errungenschaften wie **Umweltnormen, Mindestlöhne, Lebensmitteldeklarationen Verbraucherschutzgesetz**.

Unterschiede in diesen Bereichen sind solche „Handelshindernisse“. Wenn z.B. ein Unternehmen durch neue Erkenntnisse erforderlich werdende Umweltauflagen erfüllen muss oder neue Grenzwerte für umweltrelevante Chemikalien festgelegt werden, Mindestlöhne eingeführt werden oder versucht wird gefährliche Finanzspekulationen zu verhindern, entstehen solche „Handelshindernisse“. Immer wenn also etwas geschieht, was die Bevölkerung von den staatlichen Institutionen zu Recht eingefordert oder erkämpft hat, können die betroffenen Unternehmen die zukünftig erwarteten und damit entgangenen Gewinne von den Staaten, also von der Bevölkerung einklagen. Aber nicht bei normalen Gerichten soll hier geklagt werden, die könnten ja eventuell im Sinne des Gemeinwesens und gegen die Unternehmen entscheiden. Um solche Entscheidungen auszuschließen, sollen internationale Schiedsstellen entscheiden, die mit Juristen aus großen globalen Anwaltskanzleien besetzt sind. Die Kunden dieser Anwaltskanzleien sind normalerweise internationale Konzerne – die Urteile der Schiedsgerichte werden sich also kaum gegen die eigenen Kunden richten. Also unverschämter geht es kaum mehr.

#### **Konzernfreundliche Schiedsgerichte sind der Kern von TTIP und CETA**

Da der Druck aus den USA, auch die Information und der Widerstand in der EU-Bevölkerung immer stärker wurde, beschloss die EU im Eilverfahren im EU-Parlament, knapp vor der Sommerpause 2014 eine EU-Verordnung zum Investorenschutz (ISDS), die seit 17. September 2014 gültig ist und genau diese konzernfreundlichen Schiedsgerichte ermöglicht. Das war die Voraussetzung für die Weiterführung der Verhandlungen mit den USA, aber auch mit Kanada, wo der Vertrag CETA ja bereits unterschrieben wurde.

Der jetzige, neue **Infrastrukturminister Jörg Leichtfried** stimmte mit seinen SPÖ-Kollegen Hannes Swoboda und Karin Kadenbach gemeinsam mit allen ÖVP-EU Parlamentariern für diese EU-Verordnung.

Da nun immer offensichtlicher wurde, dass CETA eine Blaupause von TTIP ist und diese Schiedsgerichte sowie deren Auswirkungen mit der europäischen Auffassung von Demokratie und Rechtsstaat nicht vereinbar sind und damit die Ratifizierung dieser Verträge durch die Parlamente der Mitgliedstaaten der EU gefährdet schien, wurde die EU neuerlich tätig. Man hat einen Reformvorschlag für die nicht haltbare ISDS Verordnung formuliert: Das Investitionsgerichtssystem ICS. Dieses möchte die EU in das TTIP-Abkommen mit den USA, sowie nachträglich in das CETA-Abkommen mit Kanada einfügen.

Dieser Vorschlag ist eine Mogelpackung, mit der man die nun hellhörig gewordene Bevölkerung hintergehen möchte. Das ICS ist das alte ISDS mit neuem Anstrich. Es verbessert zwar einige verfahrensrechtliche Probleme des ISDS – so sollen etwa die Verfahren nicht mehr geheim stattfinden, aber die grundsätzliche Problematik des Systems wird nicht behoben: Konzerne erhalten immer noch Sonderrechte, ohne dass ihnen irgendwelche Pflichten auferlegt werden. Das „Investitionsgerichtssystem“ ermöglicht es Investoren auch weiterhin, Staaten auf hohe Summen zu verklagen, wenn sie sich durch neue Gesetze benachteiligt sehen. Regierungen, die vor potenziellen Klagen durch Konzerne zurückschrecken, werden von bestimmten Gesetzen – etwa zum Schutz der Umwelt und der VerbraucherInnen – Abstand nehmen. Oder sie werden neue Regulierungen von vornherein so gestalten, dass sie den „Bedürfnissen“ der Investoren entsprechen. Das widerspricht massiv demokratischen Entscheidungsprozessen.

#### **Oft wiederholte Lügen werden auch oft geglaubt!**

Um nun über diese Aushebelung der Demokratie und der in Europa gesetzlich verankerten Verpflichtung zur vorsorglichen Prüfung von neuen, potenziell gefährlichen Produkten, bevor sie für den Verkauf zugelassen werden zu retten, wird nun von allen Seiten nur positiv über CETA und TTIP gepredigt und getäuscht. Obwohl immer mehr offengelegte Verhandlungsdetails zu TTIP die negativen Einschätzungen der Kritiker noch übertreffen, werden die Warner als Verschwörungstheoretiker und als inkompetent diffamiert. Nach „wissenschaftlichen Studien“ würde sich durch TTIP das Bruttoinlandsprodukt der EU um rund 100 Milliarden Euro jährlich erhöhen. Nach 10 Jahren wären das immerhin eine Billion (!) Euro. Auch "das verfügbare Einkommen einer vierköpfigen Familie in der EU würde im Schnitt um 545 Euro jährlich steigen". Die Aussagen der Studien wurden einfach **gefälscht. Tatsächlich erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt nicht PRO JAHR um rund 100 Milliarden, sondern EINMALIG. Und zwar, wenn alles bestens läuft, erst NACH 10 JAHREN, also im Jahr 2027 und auch das Durchschnittseinkommen könnte vielleicht in 10 Jahren um 545 Euro über dem jetzigen liegen! Selbst die von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie schätzt, dass sich das Pro Kopf-Einkommen in Europa nur einmalig um 0,5 Prozent erhöht. Das sind pro Kopf 11 Euro im Monat - aber das nur beim optimistischen Szenario und erst im Jahr 2027! Auch bei den Arbeitsplätzen werden ähnliche, phantastisch hohe Zuwächse prognostiziert.** In einem extrem hypothetischen Szenario werden bis zu 110.000 zusätzliche

Arbeitsplätze für Deutschland geschaffen werden – wohlgedenkt wieder einmalig in 10 Jahren. Setzt man den recht brauchbaren Teiler 10 für Österreich ein, wären das 11.000 Arbeitsplätze in 10 Jahren. Nun das wird unsere derzeit 500.000 Arbeitslosen und auch das AMS voll Hoffnung in das Jahr 2027 blicken lassen.

Alles nicht so schlimm, beruhigen Teile der Regierung, denn man könne ja schließlich nein sagen: "Sollten die Verhandlungsergebnisse nicht entsprechen, denn am Ende entscheiden das Europäische Parlament, der Europäischer Rat und die nationalen Parlamente über die Annahme".

### **Das entspricht nicht der Wahrheit!**

Ob die Parlamente der Mitgliedstaaten das Abkommen überhaupt beschließen dürfen, und nicht nur ausschließlich das EU-Parlament, steht erst fest, wenn der Vertragstext fertig ist. Bei Dissens darüber entscheiden nicht die nationalen Regierungen, sondern der Europäische Gerichtshof (EuGH).

**Wie es derzeit aussieht, wird wahrscheinlich der Rat der Regierungschefs das Abkommen auch gegen die Stimmen einzelner Länder "vorläufig anwenden" und Österreich kann, auch bei negativem Regierungsbescheid, nichts dagegen tun. Auch Bundespräsidenten haben hier nichts zu sagen oder zu unterschreiben.**

Auf die Frage "dürfen die denn das in der EU "über die 28 nationalen Parlamente hinweg- entscheiden, muss man leider mit "Ja" antworten. Mit dem Vertrag von Lissabon (2009) haben die EU-Kommission und das EU-Parlament die Kompetenz erhalten, solche Freihandelsverträge abzuschließen. Durch den Vertrag von Lissabon hat diese neoliberale Politik mit der "Verpflichtung zu einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" nach innen und den "Abbau von Handelshemmnissen nach außen" auch bei uns Verfassungsrang. Am 11.9.2014 hat die EU-Kommission die

Registrierung einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA aus rein formellen Bedenken abgelehnt. Es kann demnach auch keine Bürgerinitiative gegen die EU-Verfassung durchgeführt werden.

Richtig starken Tobak tischen manche Politiker in Deutschland und Österreich auf (die Länder mit der höchsten Ablehnung in der Bevölkerung). Der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel: "Unsere Kinder werden uns verfluchen, wenn TTIP nicht kommt"! Österreichs Vizekanzler Reinhold Mitterlehner: „Man hat im „kommunistischen“ Albanien gesehen, was passiert, wenn sich ein Land wirtschaftlich abschottet. Unsere Bauern müssen ja ihre Überschussproduktion irgendwohin auch liefern können.“

### **TTIP + TPP = EBCR EBCR = „Everyone but China and Russia“ (alle außer China und Russland)**

Warum neben den europäischen Abkommen mit den USA und Kanada auch TPP, TiSA und NAFTA von Bedeutung sind, erklärt sich aus der globalen Machtverteilung. Da vor allem China eine immer größere Rolle in der globalen Ökonomie spielt, verlieren die USA ihre Rolle als weltweite Hegemonialmacht. Um diese Vormachtstellung neu zu behaupten, wird nun versucht immer größere Gebiete der Welt durch Handelsabkommen nicht nur in wirtschaftliche Abhängigkeit zu bringen, sondern auch in ein gemeinsames militärisches Vorgehen gegen China und Russland einzubinden. Obwohl die Zusammenarbeit von EU- und USA-Rüstungskonzernen aus dem TTIP-Abkommen explizit ausgeschlossen ist, könnten zahlreiche Rüstungsgüter als sogenannte „dual use“ Militärprodukte (zivil und militärisch einsetzbar) deklariert werden, wie z.B. Drohnen, und Teil des Abkommens sein.“

**Der Konzernfaschismus kann also nicht nur die Demokratie untergraben, sondern auch zu einem dritten Weltkrieg führen.**

## **S a b b a t i c a l –**

### **Wundermittel gegen Stress oder Trick der Unternehmer, um die Arbeitnehmer noch besser ausquetschen zu können?**

Eine Auszeit nehmen! Der Traum vieler Menschen. Einigen wenigen, die gut abgesichert sind, gelingt es auch. Eine Zeit lang kein Stress im Büro, in der Schule, am Arbeitsplatz, ... Ein halbes Jahr andere Gesichter, andere Landschaften, ..... aber dann dieselbe Mühle wie vorher, derselbe Chef, dieselben Kollegen, dieselben Probleme, ... in Kürze ist der Zauber der gewonnenen Kraft

verraucht! Sinnvoller wäre es, nicht wegzugehen, um in einem halben Jahr dieselben Probleme wieder vorzufinden, sondern zu bleiben und aufzumucken, wenn etwas nicht in Ordnung ist. Es muss ja nicht gleich ein Aufstand sein, wie kürzlich bei Air France, wo Mitarbeiter die Sitzung der Konzernleitung gestürmt haben und den Personalchef über einen Zaun jagten, weil er



gerade mit dem Betriebsrat über 3.000 Entlassungen verhandelte. Das Hemd des Personalchefs zerriss, die Krawatte baumelte am nackten Oberkörper. Das Bild des gerupften Mächtigen ging um die Welt. ...

Jenen, die ein Sabbatical anstreben wäre das nicht passiert, sie wären nicht auf der Seite der Mitarbeiter und nicht auf der Seite des Personalchefs, denn sie gehen ja weg, um neue Kraft zu schöpfen für die Weiterarbeit in der Arbeitshölle. „Verdammte Wellness“, schreibt der Autor des Zeitungsartikels, auf dem die obenstehende Notiz beruht, „kommt aus der Sauna

und stellt das Dampfbad ab. Hört auf euch selbst zu verbessern, verbessert eure Firma“, schließt euch zusammen, redet mit über Arbeitszeiten, Lohnerhöhungen, Gründung von Gewerkschaften, Sicherung der Arbeitsplätze usw. „Werdet laut für euch selbst und für andere. Steigt ein und nicht aus. Ihr müsst eure Chefs nicht gleich über Zäune jagen, aber das Maul aufmachen, wenn euch was stört, das sollt ihr schon“ und nicht die Schuld bei euch selbst suchen! Wenn alle immer nur die Schuld bei sich selber suchen, ändert sich nichts!

Quelle: DIE ZEIT

## **Migrationsförderung durch die EU**

Der ghanaische Paradeisbauer XY hat mit vielen Problemen zu kämpfen: Seine Früchte sind klein, weil der Regen ausgeblieben ist, bewässern konnte er nicht, weil er nicht die nötigen Pumpen besitzt und kein Geld für Treibstoff hat, und seine Paradeiser konnten sich kaum gegen das Unkraut durchsetzen, weil er nur dreimal einen kleinen Traktor ausborgen konnte, um zu pflügen. Von früh bis spät ist er auf seinem Feld, um wenigstens eine kleine Ernte einbringen zu können. Auf dem Markt in Accra, wo er seine Früchte zu verkaufen hofft, steht er auf verlorenem Posten. Dort glänzen riesige Stapel von Konservendosen mit Tomatenmark in der Sonne, die weniger kosten als die kleinen Paradeiser unseres Bauern. Hergestellt wurde dieses Tomatenmark in den riesigen Plantagen und Fabriken in Süditalien, die, von der EU mit Milliardenbeträgen gefördert, nach Afrika drängen, um ihre Produkte, die sie in großen Mengen produzieren, dort abzusetzen. Unser Kleinbauer muss sein Paradeisfeld aufgeben. Er kann mit dem, was er für seine Ernte einnimmt, seine Familie nicht ernähren. Was macht er? Er versucht übers Meer nach Italien zu kommen, um in einer der riesigen Paradeisfabriken zu arbeiten, die ihm seine Verdienstmöglichkeit weggenommen haben. So hofft er, Geld für seine Familie zu verdienen.

Eine absurde Kolonialpolitik aufgrund der Gier der Konzerne, die die frühere Rolle von Staaten als Kolonialmächte abgelöst haben und von der europäischen Politik mit unseren Steuergeldern gefördert werden. Die Ausbeutung Afrikas geht weiter! In Europa wird über die afrikanischen Flüchtlingsströme gejammert, die die EU selber mit ihrer Expansionspolitik geschaffen hat und schafft. Damit wird verhindert, dass die Menschen Afrikas selbständig existieren können. Es muss eine Politik auf Augenhöhe für afrikanische Menschen und Länder gestaltet werden, die zu selbständigem Produzieren und Leben verhelfen kann und die die Ausbeutung durch die Konzerne unterbindet. Im Augenblick ist es jedoch so, dass jährlich etwa 100 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe nach Afrika gehen, die man eigentlich als Exportförderung für Konzerne bezeichnen muss, aber 190 Milliarden kommen durch die expansive europäische Exportpolitik zurück. Das Problem muss an der Wurzel gelöst werden. Die Profitgier muss ein Ende haben. Es wird von notwendiger Hilfe für Afrika gesprochen. Ob die gigantischen Gewinner, die Konzerne, das zulassen werden, hängt auch von unserem Engagement und von einer Politik des Ausgleichs und der Menschenwürde ab.

(Quelle: DIE ZEIT)

## **Der Kapitalismus ist keine Gesetzmäßigkeit, die ewig bestehen wird.**

Haben nach dem Ende des sogenannten Kommunismus Ende der 1980er Jahre die Philosophen Sloterdijk und Fukuyama vom Ende der Geschichte philosophiert, weil damals anscheinend der Kapitalismus als endgültige Form menschlicher Gesellschaft gesiegt zu haben schien, so gibt es heute sehr viele Autoren, die über das Ende des Kapitalismus schreiben, allerdings ohne Lösungen

anbieten zu können, so verflochten sind selbst kritische Zeitgenossen mit dem System. Eine von manchen Autoren angebotene Lösung, dass der Kapitalismus durch eine Informationsgesellschaft abgelöst werden würde, die Freiheit von der Profitgier der Konzerne geben könnte, erscheint angesichts der Vermarktung des Internet illusorisch. Es gibt weltweit zahllose Firmen, die mit



dem Internet Milliarden verdienen. Das heißt, der von diesen Autoren propagierte Postkapitalismus ist eine Schimäre. Nicht aber, dass es ein Ende der Ausbeutung geben wird. Dass es einen sogenannten Postkapitalismus geben könnte, der den Kapitalismus ablösen wird, weil dieser am Ende sei, erscheint uns wie ein Schmah im Dienste der Profiteure und ist nur „heiße Luft“, denn die volle Ausbeutung findet trotz Internet nach wie vor statt. Aber schon jetzt ist es notwendig über eine Welt nach dem Kapitalismus nachzudenken.

Es gibt eine sehr große Krise im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, die unter anderem darauf beruht, dass am Ende des zweiten Weltkrieges, als der Kapitalismus am Boden war, ihm unter anderem durch die Sozialdemokratie zu viel Raum gegeben wurde, dass Kompromisse mit dem Kapitalismus eingegangen wurden, die zur tödlichen Umarmung wurden und uns die heutigen Probleme gebracht haben. Der Kapitalismus konnte sich entfalten und zu einem Unterdrückungsmechanismus werden, wie wir ihn heute vor uns haben, wo eventuell private Schiedsgerichte darüber entscheiden, dass Staaten, die nicht dem Willen großer Konzerne folgen, Milliarden an Strafe zu zahlen haben (TTIP).



Dieses Monstrum an Gier und Unterdrückung, das wie ein Staubsauger alles Vermögen an sich saugt, ist nur mit einem starken politischen Willen besiegbare. Anstatt den Menschen und der Gesellschaft dienstbar zu sein und dafür zu sorgen, dass die notwendigen Güter ohne Ausnutzung der Beschäftigten zu leistbaren Preisen produziert werden können, kommt es zunehmend zu einer Entrechtung der Arbeitnehmer bis zu Lohndumping in erschreckendem Ausmaß, so dass Armut in massiver Form und für weite Kreise und vor allem Altersarmut vorprogrammiert sind. Die Arbeitnehmer sind durch den Arbeitsplatzmangel erpressbar und werden so gegeneinander ausgespielt. Wenn Gewerkschaften auf die Rechte der Arbeitnehmer

pochen und sich für gerechte Verhältnisse einsetzen, werden sie oft als rückständig angesehen. Der Kapitalismus und seine Handlanger wollen Freiheit von allem, von jedem Gesetz, von jeder Bindung, von jeder Vertretung der Arbeitnehmer.

**Ja die Ausbeutung soll sogar zum Gesetz gemacht werden! Siehe Bestrebungen zu einem 12- Stunden Arbeitstag! Wenn dem nicht widerstanden wird, geht für den Kapitalismus erst richtig die Post ab!**

Die Protagonisten und Steigbügelhalter des Systems finden deutliche Worte. VOEST Chef Wolfgang Eder: „Wir erleben das Ende eines Systems, an das sich die Menschen viel zu lange geklammert haben. Die Sozialpartner, die historische Verdienste haben, sind zu Hütern überkommener Strukturen geworden.“

Oder der Dirigent Franz Welser-Möst: „Das große Übel im System, Kammern, Gewerkschaften, Sozialversicherungen, die über Jahrzehnte verkrustet sind und Österreich mehr korrumpieren, als es jeder Politiker in diesem Land je vermag. Das ist das kranke System Österreich, in dem die Freiheit des Einzelnen wie in einem undemokratischen Land eingeschränkt wird.“

Wohlfahrtspolitik wird hier als menschenfeindlich, schädlich, knechtend dargestellt. Die Werte werden umgekehrt! Im Endeffekt soll der Arbeitnehmer dann arbeiten, wenn der Unternehmer ihn braucht und zu geringsten Löhnen, ohne Sozialversicherung. In diesem Sinne ist der Kapitalismus in Reinkultur allerdings wirklich das Letzte, und muss, wenn er vielleicht auch nicht gleich ausgerottet werden kann, auf ein erträgliches Mindestmaß für unser Leben gestutzt werden.

Es gibt eine riesige Welt außerhalb des Kapitalismus in der nicht ausgebeutet und vernichtet wird, wo die üblichen Gesetze des Kapitalismus keine Gültigkeit haben, sondern wo Menschen solidarisch und respektvoll miteinander umgehen. Dann und dort wird Zusammenleben möglich und fruchtbar für alle, nicht nur für die, die den meisten Profit auf Kosten anderer machen. In der Non-Profit-Welt, wo Menschen freiwillig zupacken und Höchstleistungen für Menschen und Gesellschaft erbringen durch Rettungs- und Katastrophendienste durch ehrenamtliche Betreuung in vielerlei Hinsicht, dort findet das wahre Leben statt, das den Menschen achtet und fördert und nicht ausbeutet, wie das kapitalistische System. Ohne die riesige Zahl dieser freiwilligen und selbstlosen Helfer wäre unser System längst zusammen gebrochen.

**Diese Welt der gegenseitigen Achtung, der Solidarität und der Loyalität streben wir mit aller Kraft an!**

# Kein Geld da?

**Mindestsicherung: Kürzen bei den Schwachen!  
Arbeit: Immer weniger Erwerbsarbeitsplätze zu immer schlechteren Bedingungen! Immer mehr Menschen werden arbeitslos gemacht!  
Wohnen: Immer weniger, immer teurer! Bildung: Bald nur mehr für die Reichen leistbar!  
Gesundheit: Immer mehr Kuvertmedizin statt Gesundheit für alle!**

Lohn- oder reale Gehaltserhöhung, günstige Sozialversicherung, billiger Wohnraum, Bildung und Gesundheit für alle, das und noch vieles mehr gehe angeblich nicht mehr, weil der Sozialstaat unfinanzierbar sei – so die Meinungsmacher von Industriellenvereinigung über Wirtschaftskammer bis zu ÖVP, Neos, Strache, Stronach, SPÖ-Spitzen & Co – den gesamten neoliberalen Eliten also.

## Steuerschulden der Unternehmer

Also, wo ist das Geld? Wir wollen hier gar nicht einmal von den bereits offen zu Tage getretenen Geld-Umverteilungsmaschine Hypo-Alpe-Adria bzw. Heta reden (siehe an anderer Stelle), sondern was sich die Unternehmer durch Steuer- und Abgabeschuld bzw. durch Steuertricks zuschanzen. So türmten sich bis Ende 2013 an nicht von den Unternehmen bezahlten Steuern von 7,67 Mrd. € auf. Davon seien gar nur mehr 1,8 Mrd. € vollstreckbar, jährlich löscht die Finanz rund eine halbe Mrd € als uneinbringbar. (lt. Rechnungshof, Wiener Zeitung, 25.2.2016)

Zu den Steuerschulden der Unternehmer kommen nochmals rund eine Milliarde Euro, die sie den Gebietskrankenkassen schulden. Dabei handelt es sich bei einem Teil der Beträge auch noch direkt um von den Arbeitern und Angestellten einbehaltene Beiträge, die nicht abgeführt wurden. Auch davon werden jährlich einige hundert Millionen Euro als uneinbringlich abgeschrieben.

## Milliarden teure Steuertricks – ein legaler „Betrug“

In Deutschland beispielsweise wurde bekannt, dass Banken Großaktionären durch sog. „Cum-Cum-Geschäfte“ rund 10 Mrd. € an Steuerzahlungen ersparten. „Ziel ist es, die Kapitalertragsteuer (KeSt) zu umgehen. ... Die Steuer wird vor der Auszahlung der (Netto)-Dividende (Aktiengewinn) an die Aktionäre einbehalten und an den Fiskus abgeführt. Deutsche Banken können sich die bereits gezahlte Kapitalertragsteuer in der Regel zurückerstatten lassen, müssen am Jahresende aber ihre Gewinne versteuern. Ausländische

Aktionäre wie Investmentfonds oder Banken haben dagegen nur einen teilweisen Rückerstattungsanspruch“. ... An dieser Stelle setzt der Steuertrick an: „Vor dem Dividendenstichtag verleiht der ausländische Investor seine Aktien an eine deutsche Bank. Dafür verlangt er eine Leihgebühr. Das deutsche Institut streicht die Dividende ein und lässt sich anschließend die Kapitalertragsteuer erstatten. Dann gibt es die Aktien an den ausländischen Großanleger zurück und zahlt die Leihgebühr. Weil diese etwas niedriger als die Dividende ist, macht die Bank einen Gewinn. Der Investor wiederum spart sich die Steuer.“ (Der Standard, 3.6.16, siehe auch Kurier und Die Presse). Den kleinen Sparern wird im Gegensatz dazu die KeSt automatisch vom Ersparten abgezogen!

## Staatliche Umverteilung

„Der Staat hat kein Geld“, so Finanzminister Schelling. Doch allein durch die vom Finanzkapital verursachte Krise mit Niedrigst- bis Nullzinsen und der damit de facto Geldentwertung der Arbeitseinkommen und Verteuerung des Lebens der Masse der Bevölkerung, hat sich der Staat von 2008 bis 2015 mehr als 6 Milliarden Euro an Zinszahlungen für die Staatsschulden erspart (Wirtschaftsblatt, 6.3.2016). Allein dadurch ist schon die mit Jahresbeginn 2016 wirksame Steuerreform gegenfinanziert. Dazu muss man unbedingt noch ergänzen, dass die „Staatsschulden“ nicht von der Masse der ÖsterreicherInnen verursacht wurden, weil sie angeblich „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten, wie Wirtschaft, Politik und Medien dauernd trommeln, sondern durch die „Bankenrettungen“, d.h. die Profitsicherung von Banken, Versicherungen, Anlageberaterfirmen, Konzerne usw. Jüngstes Beispiel: Während gerade die Mindestsicherung gekürzt wird, bekommen die Spekulationsgläubiger der AvW (Auer von Welsbach, der mittlerweile wieder auf freiem Fuß ist!) dank des kräftigen Einsatzes des Herrn „Sparmeisters“, Finanzminister Schelling, durch Änderung des Wertpapiergesetzes, die verspekulierten 148 Millionen Euro vom Staat, also wieder aus unseren Steuergeldern, überwiesen. Da hat man weder von der Regierung, noch von der „sozialen Heimatpartie“-FP-Opposition etwas gehört. Ach die Heimat der FP-Oberen ist das Kapital, zu dem sie zu allererst sozial sind.

Aber Unternehmer und Wirtschaftsverbände jammern weiter und wollen selbst den sie betreffenden Teil der Steuerreform-Gegenfinanzierung wieder rückgängig machen. Banken, Versicherungen und sonstige Geldspekulanten entschulden sich von der

durch sie selbst verursachten Finanzkrise via Staaten und EZB auf Kosten der Bevölkerung und schreiben gleichzeitig Gewinne.

### Wer sind also die Sozialschmarotzer?

Die arbeitenden Menschen sicher nicht – schon gar nicht, wenn sie arbeitslos gemacht wurden und werden, weil die Unternehmer automatisieren oder gleich viel oder noch mehr Arbeit immer weniger Menschen zu immer weniger Entgelt (oft in schlecht oder gar nicht sozialversicherungsrechtlich abgesicherten prekären Arbeitsverhältnissen) aufzwingen? Der Masse der Bevölkerung wird die Steuer gleich vom Gehalt abgezogen und mit Hilfe

der bei jedem Kauf anfallenden Mehrwertsteuer nochmals der Verdienst gekürzt, während die Reichen, die Unternehmen und Konzerne oft gar keine Steuer zahlen und bei denen die Mehrwertsteuer bei ihrem hohen Einkommen kaum ins Gewicht fällt.

Ein **Superreicher** hat es selbst gesagt: „Ich gehöre zum obersten einen Prozent“ – und zahle an Sozialversicherung, weil diese bei der Höchstbemessungsgrundlage gedeckelt ist, gerade einmal 1,2 Prozent. „Unternehmer brauchen keine Steuergeschenke“ (die Presse, 6.6.2016)!!!! Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Oder doch: Ein „Normalverdiener“ zahlt da 17 Prozent.

### Spekulationsgewinne:

## Hypo-Alpe-Adria / Heta



*Die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich immer mehr!*

Irgard Griss wurde durch den Hypo-Bericht als Präsidentschaftskandidatin Hofburg-fähig. Sie hat das Kapitel Hypo-Alpe-Adria (jetzt Heta) und den Untersuchungsausschuss mit dem Befund des „Multiorganversagens“ – sprich: alle sind Schuld – und keiner wird zur Verantwortung gezogen – schon lange vor Wahlantritt als für beendet erklärt. Damit machte sie, noch vom damaligen ÖVP-Vizekanzler-Finanzminister Spindelegger zur „Hypo-Prüferin“ geholt, den Spekulanten und ihren Helfershelfern in allen Parteien die Mauer. Dabei stellte sich – überschattet vom Bundespräsidentenwahlkampf – heraus, dass die Hypo-Alpe-Adria Gläubiger, also die Spekulanten, allein nominell 90% ihrer Forderungen bekommen – auf Kosten

der Steuerzahler, die das in Summe über 20 Milliarden Euro kosten dürfte.

Aber die „armen“ Investoren, die jetzt angeblich zähneknirschend diesem „Vergleich“ zugestimmt hätten, verlieren sie doch nominell 10%, haben in Wirklichkeit noch einen erheblichen realen Gewinn dabei. Wie schon das Unternehmerblatt „Die Presse“ im Frühjahr 2016 vorrechnete und zu berichten wusste, haben nämlich die meisten Gläubiger die Hypo-Forderungen schon abgeschrieben – was sich in den Bilanzen gewinnmindernd und somit durch weniger Steuerzahlung auswirkt – und bekommen jetzt 90% doch noch: also um jeden Preis staatlich garantierter Spekulationsgewinn.

## In eigener Sache

**Liebe Kolleginnen und Kollegen.** Aufgrund der Ereignisse rund um die Bundespräsidentenwahl haben wir in dieser Aussendung, damit diese noch vor der Sommerpause bei unseren Lesern und Leserinnen ankommt, für die vielen drängenden einschlägigen AKW-Themen keine Zeit mehr gefunden. Wir werden dies in der nächsten Ausgabe nachholen und ersuchen um Verständnis.



### ***Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!***

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen:**

**Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung,  
Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel.**

**Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.**

**Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer!**

***Mit kollegialen Grüßen,  
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"***

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

**Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida.

**Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000** - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie. Oder: Empfänger: W. Leisch / Gew.gg.Atom IBAN: AT226000000073055305

